

Gewerkschaftspolitik

Kongreß der Konsolidierung?

10. Ordentlicher DGB-Kongreß

Der 10. Ordentliche DGB-Kongreß fand vom 25. bis 31. Mai 1975 in Hamburg statt. Schon vor dem Kongreß mußte sich der DGB-Vorsitzende *Heinz O. Vetter* gegen den Vorwurf zur Wehr setzen, es würde ein „Routine-Kongreß“ werden, wie die Massenmedien meinten. Die Presstribünen wiesen denn auch in Hamburg mehr Lücken auf als in Berlin vor drei Jahren. Mit Sensationen war nicht zu rechnen, und es gab auch keine, was manchen Journalisten enttäuscht haben mag. Doch Gewerkschaftskongresse werden nicht für die Presse abgehalten, sondern für die Mitglieder. In der Tat wurden weniger Beschlüsse von so großer Tragweite gefaßt wie vor drei Jahren, als in fast allen Bereichen gewichtige Konzepte verabschiedet wurden. Deshalb kann man diesmal von einem Kongreß der Konsolidierung sprechen.

Ein guter Kongreß?

Die Meinungen darüber, ob es ein guter, ein interessanter Kongreß gewesen sei, gingen auseinander. Wie man einen Kongreß bewertet, hängt von den Zielvorstellungen ab. Sieht man eine solche Veranstaltung nur funktionell, dann war sie erfolgreich: Die Arbeitsgrundlagen für die nächsten drei Jahre wurden geschaffen, die Wahlen wurden durchgeführt. Wie immer, haben gerade die DGB-Bundeskongresse noch in vielem die Atmosphäre von Familientreffen bewahrt, wo manche alte Bekanntschaft erneuert wird, nicht nur mit in- sondern auch mit ausländischen Gewerkschaftsfreunden. Zugleich geht es um die Selbstdarstellung der Gewerkschaften nach außen. All das mag man als gelungen bezeichnen.

Mißt man den Erfolg eines Gewerkschaftskongresses auch daran, daß er die

Schwerpunkte der zukünftigen Gewerkschaftspolitik nicht nur ratifiziert, sondern in lebendiger Diskussion zum Ausdruck bringt, dann sind Abstriche zu machen. Mußte man erwarten, daß die Beschäftigungslage, die Investitionslenkung, die Sozialpolitik, die Humanisierung der Arbeit, die berufliche Bildung und ähnliche Fragen im Mittelpunkt standen, so konnte man nach der Zahl der Wortmeldungen zu einzelnen Anträgen vermuten, daß Frauenfragen, die Zurückstellung von Jugendvertretern vom Militärdienst, Radikale im öffentlichen Dienst, die Änderung der Legislaturperiode von drei auf vier Jahre, die Verkehrspolitik oder das Problem der Effektivklauseln eine große Rolle gespielt hätten. Die objektiven Schwerpunkte, die sich aus den Anträgen ergeben, haben sich in der Diskussion nur bedingt wiedergefunden.

Keine Änderung der Kongreßform?

Die Überlegungen, die vor drei Jahren in dieser Zeitschrift über eine Änderung der Kongreßform geltend gemacht wurden, haben deshalb nichts an Aktualität verloren (8/72, S. 514 f.). Da die Probleme und Zusammenhänge immer schwieriger darzustellen sind, von Lösungsvorstellungen ganz zu schweigen — man denke nur an Fragen der Investitionslenkung, der multinationalen Gesellschaften, aber auch der Humanisierung oder der Medienreform — verlagert sich der Prozeß der sachlichen und politischen Beratung und Abstimmung immer mehr in die Gewerkschaftsorganisation mit ihrer Vielzahl von Beratungsgremien und Ausschüssen. Dies *sind* demokratische Prozesse, bei denen eine Vielzahl haupt- und ehrenamtlich tätiger Kollegen oft über Jahre über bestimmte Probleme berät.

Es ist kein Zufall, daß gerade aus dem Gewerkschaftsbereich in den letzten Jahren wesentliche konkrete Anstöße zur Reformdiskussion in wichtigen Bereichen wie der Mitbestimmung über die Humanisierung bis zur Gesundheitspolitik gekommen sind. Ein Kongreß ist in diesem

Sinne nicht alleiniger Ausdruck, sondern nur Ausgangs- oder Endpunkt einer viel tiefer verankerten demokratischen Willensbildung.

Da aber die gewerkschaftlichen Vorstellungen nur dann zu realen Veränderungen führen, wenn die Mitglieder hinter ihnen stehen, müssen die Einzelkonzepte immer wieder mit der Solidarität der Mitglieder verbunden und von ihnen auf breiter Front getragen werden. Nicht zuletzt aus diesem Grunde brauchen die Gewerkschaften die ständige Diskussion, die ihre neuen Forderungen in den Gesamtzusammenhang der Gewerkschaftspolitik einordnet und ihre Tragweite für die Lebenslage der Mitglieder herausarbeitet. Der Bundeskongreß des DGB ist dafür nicht das einzige, aber vielleicht das beste Forum mit einer im übrigen sonst wohl kaum zu erreichenden Öffentlichkeitswirkung.

Für eine Änderung der Kongreßform gibt es mehrere Möglichkeiten, wie Trennung in einen mehr repräsentativen und einen mehr sachlichen Teil, Bildung von Ausschüssen oder die Durchführung von Sonderveranstaltungen zwischen den ordentlichen Gewerkschaftstagen, eine Möglichkeit, auf die Heinz O. Vetter in seinem Schlußwort ausdrücklich hinwies. Die Konferenz des DGB im Jahr 1974 in München zur Frage der Humanisierung oder die Tagung der IG Metall über Streik und Aussperrung waren dafür geglückte Beispiele. Es scheint, als ob die Tendenz in diese Richtung geht; doch muß man auch hier überlegen, wie man einer Substanz-aushöhlung der Bundeskongresse vorbeugen kann.

Die Qualität vieler Anträge und Konzepte ist in den vielen Jahren eher besser geworden, aber ihre Umsetzbarkeit ist ohne die Einsicht der Mitglieder und ihren aktiven Einsatz nicht zu leisten. Erst dadurch werden Deklarationen zu gesellschaftsverändernden Realitäten, und hier hat der Kongreß die gegebenen Möglichkeiten sicher nicht ausgeschöpft. Dies sollte man als Strukturfrage (Kongreßform) und Frage der Auswahlkriterien von Kongreß-

delegierten in den Einzelgewerkschaften sehen. Bei aller Unterschiedlichkeit sollte man sich vielleicht von den sonst durchaus nicht immer an der Spitze des Fortschritts marschierenden Kirchen und ihren Erfahrungen mit den Kirchentagen anregen lassen.

Struktur der Delegierten

Die Zahl der Delegierten, die sich nach den beitragszahlenden Mitgliedern der Einzelgewerkschaften richtet, betrug auf dem Hamburger Kongreß 478. Davon stellte die IG Metall allein 169, also weit mehr als ein Drittel, ohne die satzungsändernde Beschlüsse nicht gefaßt werden können. Es folgten die Gewerkschaft ÖTV mit 68 Delegierten und die IG Chemie, Papier, Keramik mit 41 Delegierten. Die weitere Reihenfolge: IG Bau — Steine — Erden 33, Gewerkschaft der Eisenbahner und Deutsche Postgewerkschaft je 28, IG Bergbau und Energie 25, Gewerkschaft Textil:— Bekleidung 20, Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten 16, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen 14, IG Druck und Papier 10, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 9, Gewerkschaft Holz und Kunststoff 8 sowie die Gewerkschaften Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Leder mit je drei Delegierten.

Von den Delegierten waren nur 34 *Frauen*, was im „Jahr der Frau“ mit Recht während des ganzen Kongresses bei vielen weiblichen Teilnehmern zu Unmutsäußerungen an der Auswahlpraxis der Einzelgewerkschaften führte, die die Delegierten entsenden. Hier geht es in der Tat um ein Stück Glaubwürdigkeit der Gewerkschaftsbewegung: Man kann sich nicht gleichzeitig lautstark für die Gleichberechtigung einsetzen und dann zu den Kongressen nur sieben Prozent Frauen entsenden. Allerdings ist mit bloßen Protesten nichts gewonnen. Solange die Frauen in der Gewerkschaftspolitik überwiegend Frauenfragen behandeln, wird sich nicht viel ändern. Was not tut, sind langfristige und konkrete Überlegungen, wie die Gewerkschaftsorganisation in einer Weise ge-

ändert werden kann, die dem Frauenanteil in der Mitgliedschaft entspricht.

Nach der *Altersstruktur* waren 12 Delegierte bis zu 30 Jahren, 60 Delegierte bis zu 40 Jahren, 191 Delegierte bis zu 50 Jahren und 190 bis zu 60 Jahren alt; über 60 Jahre waren 25 Teilnehmer. Unter 40 Jahren waren damit nur 72 der Delegierten, also vergleichsweise weniger als auf dem letzten Kongreß.

217 Delegierte waren in *ehrenamtlichen* und 261 in hauptamtlichen Funktionen für die Gewerkschaften tätig; damit hat sich das hauptamtliche Element geringfügig gegenüber dem letzten Kongreß verstärkt (wobei es sich bei den hauptamtlichen Funktionären um solche der Einzelgewerkschaften und nicht der Dachorganisation handelt).

Auch dieser Zusammenhang von weniger Frauen, mehr älteren Delegierten und einer Vergrößerung des hauptamtlichen Anteils ist vielleicht nicht ohne Einfluß auf die Art der Diskussion gewesen.

Wahl des Geschäftsführenden Bundesvorstands

Die Wahl des gesamten Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV) kann als außerordentlicher Vertrauensbeweis gewertet werden. Hatten auf dem Berliner Kongreß noch der damals gewählte *Martin Heiß* und die stellvertretende Vorsitzende *Maria Weber*, als die beiden CDU-Kollegen, unter einer unglücklichen parteipolitischen Einflußnahme aus den Sozialausschüssen gelitten, so fanden sich diesmal für alle Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes breite Mehrheiten. Diese breite Vertrauensbasis könnte durchaus benötigt werden, wenn man davon ausgeht, daß die Gewerkschaftspolitik in den kommenden Jahren mit Sicherheit nicht leichter, sondern eher schwieriger werden wird.

Der alte und neue Vorsitzende *Heinz O. Vetter*, der jetzt in seine 3. Legislaturperiode geht, erhielt von 450 gültigen Stimmen 440 Ja-Stimmen, ein fast unglaubliches Ergebnis. Als Stellvertreter

amtieren wie bisher *Gerd Muhr* und *Maria Weber*. Die fünf kandidierenden Mitglieder *Martin Heiß*, *Alfons Lappas*, *Gerhard Schmidt*, *Karl Schwab* und *Günter Stephan* wurden bestätigt. Neu in den GBV wurde *Alois Pfeiffer*, bisher Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, gewählt und erhielt auf Anhieb 428 Stimmen. Er tritt an die Stelle von *Georg Neemann*, der im GBV für Wirtschaftspolitik zuständig war und sich wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes nicht mehr zur Wahl stellte.

Politische Akzente bei der Eröffnung

An der Tatsache, daß die Mitglieder der 16 im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften die größte auf freiwilligem Zusammenschluß basierende gesellschaftliche Gruppe darstellen, kann niemand vorbeigehen. Deshalb fand der Kongreß bei den Parteien und der Regierung aufmerksame Beachtung. Und die Delegierten wollten bei der Eröffnungsveranstaltung nicht nur schöne Worte hören, sondern die Stellung der Parteien vor allem zur Mitbestimmung erfahren. Dies war eines der beherrschenden Themen des Kongresses. Der Bundespräsident sprach den Gewerkschaftern aus der Seele, als er zur Mitbestimmung feststellte: „Wer mitarbeitet, mitverantwortet und notfalls auch mitopfert, der hat auch das Recht auf Mitbestimmung erworben. Die Zeit für die Entscheidung ist reif. Sie sollte bald getroffen werden.“ Der Bundespräsident kann natürlich in seiner Funktion nicht eine bestimmte gesetzliche Regelung empfehlen, und er warnte davor, daß Arbeitnehmer und Gewerkschaften eine Lösung durchsetzen wollten, die von der jeweiligen Gegenseite nicht akzeptiert werden könnte. Aber die Delegierten konnten *Scheels* Auffassung, zumal vor dem Hintergrund von restriktiven Äußerungen des konservativen FDP-Flügels um *Lambsdorff* und *Riemer*, nur als Plädoyer für die Einführung einer paritätischen Mitbestimmung werten. Und nur von daher war ihr Beifall zu verstehen.

Auch *Heinz Kühn* erinnerte an das Eintreten der SPD für die paritätische Mitbestimmung, verwies aber zugleich auf den „optimale(n) Kompromiß des Parallelogramms der parlamentarischen Kräfte“. *Helmut Kohl* hatte es als Vorsitzender der CDU schwer, an die aus enger Verbundenheit rührende familiäre Sprache von Kühn anzuknüpfen, fand jedoch die Achtung der Delegierten mit seiner Forderung, daß Gewerkschaften und Parteien aufeinander angewiesen seien, und ihren Beifall mit der Feststellung und Festlegung, daß die Bundesrepublik keinen Verbände- oder Gewerkschaftsstaat brauche. *Victor KIRST*, der Sprecher der FDP, sprach gleichfalls die Mitbestimmung an, wenn auch nur im Zusammenhang mit erforderlichen Kompromissen. Damit war bereits in den Eröffnungsreden ein politischer Akzent gesetzt, wobei vor allem die Worte Scheels Schlagzeilen machten.

Schwerpunkte der Antragsberatung Neues Grundsatz- und Aktionsprogramm

Die Delegierten trafen eine folgenreichere Entscheidung, als sie in Antrag 1 den Beschluß faßten, dem nächsten DGB-Bundeskongreß den Entwurf für ein neues Grundsatz- und Aktionsprogramm nach Beratungen mit den Einzelgewerkschaften vorzulegen. In diesen Entwurf sollen die bisherigen Überlegungen zu Antrag 7 des letzten Kongresses eingehen, in dem der DGB aufgefordert worden war, sich systematisch mit Fragen des quantitativen und qualitativen Wachstums zu beschäftigen und ein Programm zur Finanzierung und Durchsetzung gesellschaftlicher Reformen zu erarbeiten. Hinter solchen Formulierungen steht ein ungeheurer Anspruch, weil er im Grunde ein neues Grundsatzprogramm, ein Aktionsprogramm, präzierte Überlegungen zur Finanzierung und eine Durchsetzungsstrategie erfordert. An dieser Aufgabe mußte der Bundesvorstand scheitern, weil sie innerhalb einer Legislaturperiode nicht zu lösen ist, weil überhaupt diskutiert werden

muß, ob diese Aufgabenstellung in dieser Form aufrechterhalten werden kann. Zwar wurden umfangreiche Materialien zum Antrag erarbeitet, doch konnten die Beratungen nicht rechtzeitig abgeschlossen werden. Vetter kündigte in seinen mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht an, daß der Gesellschaftspolitische Ausschuß, der im wesentlichen aus den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften besteht, sich alle drei bis vier Monate zu Klausurtagungen treffen werde, um sich ohne Zeitdruck mit gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen. Zu den inhaltlichen Fragen machte der DGB-Vorsitzende in seinem Grundsatzreferat einige interessante Anmerkungen, so wenn er darauf hinwies, daß ein Aktionsprogramm mehr sein müsse als ein Programm mittelfristiger Forderungen. Man solle versuchen, es zu einer Anleitung für gewerkschaftliche Strategie und Taktik weiterzuentwickeln, man solle Prioritäten setzen und für die Bereiche Aussagen machen, in denen der einzelne lebe, nämlich in Betrieb und Gemeinde. Gleichzeitig müßte die gewerkschaftliche Organisationspolitik als wichtigstes Instrument zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Vorstellungen einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Aus diesen Äußerungen wird deutlich, daß es in der Tat um große und wichtige Aufgaben geht. Ob sie alle Delegierte in ihrer ganzen Tragweite gesehen haben? Man hätte sich gewünscht, daß zu den Anträgen diskutiert worden wäre, damit sichtbar geworden wäre, wo die Kongreßteilnehmer besondere Probleme und Schwerpunkte sehen, doch gab es zu diesem Komplex nur eine Wortmeldung von *Ernst Breit*, dem Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft. Zumindest für das Zustandekommen eines neuen Grundsatz- und Aktionsprogramms wird man sich neue Diskussionsformen überlegen müssen. *) *Gerhard Leminsky*

*) Dieser Bericht wird fortgesetzt.